SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Sicherheit zuerst: eine Bilanz nachholender Staatsbildung in Kolumbien

Kurtenbach, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kurtenbach, S. (2010). *Sicherheit zuerst: eine Bilanz nachholender Staatsbildung in Kolumbien.* (GIGA Focus Lateinamerika, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275643

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

Nummer 6
2010
ISSN 1862-3573

LATEINAMERIKA

Sicherheit zuerst: eine Bilanz nachholender Staatsbildung in Kolumbien

Sabine Kurtenbach

In der Stichwahl vom 20. Juni 2010 wurde Juan Manuel Santos zum neuen Präsidenten Kolumbiens gewählt. Die Wahl von Santos steht für Kontinuität, schließt sie doch an die Politik der „demokratischen Sicherheit" seines Vorgängers Álvaro Uribe an, dessen Mandat nach acht Jahren endet. Uribes Politik war der Versuch einer nachholenden Staatsbildung, bei der die Stärkung der repressiven Funktionen des kolumbianischen Staats im Vordergrund stand.

Analyse

Die jüngsten kolumbianischen Präsidentschaftswahlen vom 30. Mai und die Stichwahl am 20. Juni 2010 haben gezeigt, dass das Projekt der nachholenden Staatsbildung durch autoritäre Stabilisierung weit weniger an die Person Uribe gebunden ist, als viele Beobachter meinten. Die Politik der „Sicherheit zuerst" zielt darauf, als ersten Schritt die Gewalt einzudämmen, für die insbesondere die älteste Guerillagruppe Lateinamerikas verantwortlich gemacht wird. Trotz vielfältiger Kritik an ihren Methoden und Konsequenzen hat sich diese Politik im Mainstream Kolumbiens durchgesetzt, grundlegende Opposition gibt es kaum.

- Die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zeigen, wie stark die Regierungspolitik im ganzen Land verankert ist.
- Die konkreten Ergebnisse der Politik sind umstritten, der Regierung Uribe ist es aber seit 2002 gelungen, zumindest die Wahrnehmung im In- und Ausland der nach wie vor verbreiteten Gewalt grundlegend zu verändern, in dem sie reduziert als Kriminalität dargestellt wird. Nur die Zivilgesellschaft spricht weiterhin über umfassendere Konzepte von Frieden.
- Die Strategie der „Sicherheit zuerst" hat hohe Kosten im Bereich demokratischer Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Rechenschaftspflicht verursacht und Kolumbien in Südamerika isoliert. Dies war zwar ein zentrales Thema im Wahlkampf 2010, führte aber nicht zur Formulierung eines grundsätzlich anderen Politikentwurfs, sondern lediglich zu einer Detailkritik der „Auswüchse".
- Eine Bearbeitung der strukturellen Probleme Kolumbiens (hohe soziale Ungleichheit und starke Disparitäten zwischen Stadt und Land), für welche die anhaltende Gewalt ein Indikator ist, steht nach wie vor aus.

Schlagwörter: Kolumbien, Gewalt, Sicherheit, fragile Staatlichkeit, Wahlen

open access

Einleitung

Acht Jahre unter der Präsidentschaft von Álvaro Uribe haben Kolumbien stark verändert. In der internen wie externen Wahrnehmung stand das Land 2002 kurz vor dem Kollaps. Die Präsidentschaftswahlen waren von Gewalt gekennzeichnet. Die Kandidatin Ingrid Betancourt und der Präsident der Friedenskommission des kolumbianischen Senates wurden entführt. Der Friedensprozess mit der ältesten Guerillagruppe Lateinamerikas, den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), wurde für gescheitert erklärt.

Der Sieg von Álvaro Uribe 2002 signalisierte einen grundlegenden Politikwechsel: Statt Verhandlungen sollte eine Politik der harten Hand das gewalttätigste Land Lateinamerikas befrieden. Die Regierung titulierte diese Strategie „demokratische Sicherheit". Verglichen mit Erfahrungen nachholender Staatsbildung in anderen Teilen der Welt oder zu anderen historischen Zeitpunkten entspricht dies einem autoritären Modell, in dem die Etablierung eines Gewaltmonopols Priorität vor dessen demokratischer Legitimation und Kontrolle hat. Dieser Logik folgend wurden Militär und Polizei personell verstärkt, ihre Ausrüstung verbessert und ihre Präsenz im Land ausgebaut. Acht Jahre später sind die FARC ebenso wie andere, kleinere Guerillagruppen zweifelsohne militärisch geschwächt, 32.000 paramilitärische Kämpfer nahmen an einem Demobilisierungsprogramm teil. Die Homizidraten sind auf das immer noch hohe Niveau von 1982 gesunken; allerdings galt schon damals, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Guerilla „nur" für ein Viertel der gewaltsamen Todesfälle verantwortlich waren. Kolumbien ist nach wie vor eines der Länder mit dem höchsten Gewaltaufkommen der Welt.

Unter dieser Perspektive stellen sich für Kolumbien vor allem zwei Fragen: Erstens, inwieweit geht die Politik der Gewaltreduzierung über einen Diskurswechsel hinaus? Und zweitens, kann zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Prozess der nachholenden Staatsbildung durch einen Ansatz von „Sicherheit zuerst" erfolgreich sein, wie dies zunehmend auch für andere Konfliktländer propagiert wird?

Reduzierung der Gewalt?

Der kolumbianische Staat ist bis heute schwach, er verfügt seit jeher nicht über das Gewaltmonopol. In den 1990er Jahren waren nicht nur zahlreiche Guerillagruppen aktiv, im Umfeld von Großgrundbesitz und Drogenhandel entstanden circa 250 paramilitärische Gruppen, die national verknüpft waren. Daran hat sich in den vergangenen acht Jahren einiges, aber nicht alles geändert: Die stärkste Guerillagruppe FARC ist offensichtlich geschwächt worden, die Zahl ihrer Kämpfer sank von etwa 15.000 auf 11.000, ihre territoriale Präsenz hat sich vor allem auf ländliche Gebiete reduziert. Die paramilitärischen Gruppen bzw. die von der Regierung heute als „entstehende Gruppen" (*grupos emergentes*) oder „kriminelle Banden" (*bandas criminales*) bezeichneten Gewaltgruppen haben nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 4.000 und 10.000 Mitglieder. Dagegen stieg die Truppenstärke der staatlichen Sicherheitskräfte von 260.000 auf 445.000 Mann. Die Frage ist, ob diese Veränderung zugunsten des kolumbianischen Staates dauerhaft oder konjunkturell bedingt ist.

Bei den Zahlen zu Homizidraten (Morde pro 100.000 Einwohner jährlich) zeigt sich auf den ersten Blick auch eine abnehmende Tendenz. Für das Jahr 2009 haben die Behörden basierend auf den offiziellen Daten der Polizei 17.717 Morde registriert,[1] was einer Homizidrate von 38 und dem Gewaltniveau von 1982 entspricht. Das ist zwar weniger als 2002, als mit 29.000 Morden (Homizidrate: 67) ein Höhepunkt erreicht war, dennoch liegen diese Zahlen selbst im lateinamerikanischen Vergleich noch in der „Spitzengruppe". Außerdem ist beispielsweise der neuerliche Anstieg der Gewalt in der zweitgrößten Stadt Medellín besorgniserregend, der überwiegend auf Defiziten im Prozess der Demobilisierung von Paramilitärs gründet.

Letztlich ist die Zahl der Morde nur eines der Symptome des fehlenden staatlichen Gewaltmonopols. Mindestens ebenso bedenklich und ein Indiz für den fehlenden Schutz der Bürger durch staatliche Stellen ist die mit über drei Millionen Menschen extrem hohe Zahl der internen Flüchtlinge und Vertriebenen in Kolumbien. International hat nur die Lage in Darfur im Sudan schlimmere Ausmaße angenommen. Die erneute Aus-

[1] An diesen Daten gibt es allerdings vielfältige – auch technische – Kritik, weil die Polizei Morde offenbar nicht überall gleichermaßen statistisch erfasst und diese in einigen Regionen gar nicht angezeigt werden, vgl. HRDAG (2007).

breitung bewaffneter Gruppen nach Abschluss des Prozesses zur Demobilisierung der Paramilitärs und die offensiven Aktionen der FARC wie die Entführung und Ermordung des Gouverneurs des Departements Caquetá im Dezember 2009 zeigen deutlich, dass der kolumbianische Staat das Territorium des Landes nicht flächendeckend, sondern vor allem in den Städten und im Umfeld zentraler Wirtschaftsstandorte und Ressourcenvorkommen kontrolliert.

Die Daten zur Gewalt sowie ihre Interpretation waren in den vergangenen Jahren zentraler Bestandteil der innenpolitischen und internationalen Debatte. Die kolumbianische Regierung und ihre Anhänger haben die Verringerung der Homizidraten als Erfolg ihrer Politik der „harten Hand" gewertet und die nach wie vor alltägliche Gewalt als „kriminell" charakterisiert. Den Gewaltakteuren wird damit jeglicher politischer Anspruch und jedwede Legitimation abgesprochen, schon die Frage nach den Ursachen der Gewalt – etwa die soziale Lage auf dem Land und die extreme Ungleichheit – wird als Rechtfertigung der Gewalt diffamiert. Dieser Prozess begann mit der Integration der Guerillagruppe M-19 in das politische System 1990 und wurde durch das Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Pastrana (1998-2002) und den FARC verstärkt. Dieses reduzierte Verständnis von der Gewalt als Kriminalität und ein Problem der öffentlichen Sicherheit geht an der Realität vorbei. Denn die Gewalt in Kolumbien hat – historisch ebenso wie aktuell – auch ohne die explizite Formulierung politischer Ziele politische Wirkungen, vor allem weil sie einschüchtert und Angst verbreitet und damit zivile Handlungsräume begrenzt und so zur Aufrechterhaltung des sozialen und ökonomischen Status quo beiträgt. Insofern profitiert der politische Mainstream der kolumbianischen Gesellschaft davon, das Gewaltphänomen mit Kriminalität gleichzusetzen und es als Problem der öffentlichen Sicherheit darzustellen. Erstaunlich ist dennoch, wie umfassend es der Regierung Uribe in den letzten acht Jahren gelang, diese Sichtweise im öffentlichen Diskurs zu verankern.

Fast alle Präsidentschaftskandidaten beteuerten im Wahlkampf immer wieder, sie würden an der Sicherheitspolitik festhalten. Umfassendere Konzeptionen von Frieden werden heute nur noch von Organisationen der Zivilgesellschaft diskutiert. Beispielsweise hat die Versöhnungskommission der katholischen Bischofskonferenz (1995 ins Leben gerufen, um nach friedlichen Auswegen aus der Gewalt zu suchen), im April 2010 einen Plan mit Minimalkriterien für den Frieden vorlegt – eine Initiative, die von keinem Kandidaten aufgegriffen wurde. Diese Veränderung in der öffentlichen Debatte über Gewalt und die damit verbundenen veränderten Perzeptionen von Gewalt lassen sich nur erklären, wenn zwei Prozesse analysiert werden, die eng mit der Politik von Präsident Uribe verflochten sind: die Funktionen der Gewalt und die Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Funktionen der Gewalt

Gewalt diente in der kolumbianischen Geschichte verschiedenen konkreten Zielsetzungen, meistens allerdings der Integration der Bevölkerung in hierarchisch strukturierte Klientel- und Patronagenetzwerke und damit der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung, die durch eine extreme soziale Ungleichheit gekennzeichnet ist (Kurtenbach 1999). Daran hat sich auch in den letzten Jahren wenig geändert, auch wenn im Land und international vor allem ökonomische Funktionen der Gewalt, d.h. die Anwendung von Gewalt zur Bereicherung, sei es in individueller oder organisierter Form, betont werden. Im Mittelpunkt dabei steht der Handel und Anbau illegaler Drogen, deren lukrative Ausbreitung in den vergangenen 30 Jahren allen Gewaltakteuren – Guerilla und Paramilitärs – als Finanzquelle diente. Ähnliches gilt aber auch für die Regierung, die nach wie vor ganz oben auf der Liste der Empfänger für US-Militärhilfe zur Drogenbekämpfung steht. Nur am Rande thematisiert wird, dass die Gewalt auch jenseits der Drogen, ökonomisch eine wichtige Rolle spielt. So steht die erneute Welle von Vertreibungen zwischen 2004 und 2007 in engem Zusammenhang mit der Inwertsetzung von Boden.[2] Im Chocó wurden zum Beispiel 15.000 Menschen von paramilitärischen Gruppen vertrieben und auf ihrem Land dann Palmölplantagen angelegt. Ähnliche Muster einer *para-economía* zeigen sich in anderen Regionen des Landes.

[2] Nach Angaben des Büro des Präsidialamts Acción Social waren 2004 228.828 Menschen betroffen, 2007 waren es 327.624, die Menschenrechtsorganisation Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento (CODHES) nennt für 2008 sogar die Zahl 380.863 (zitiert in HRW [2010]).

Wenig beachtet werden aktuell dagegen die politischen Zielsetzungen von Gewalt in Kolumbien. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beriefen sich verschiedene Akteure im kolumbianischen Gewaltkonflikt auf die Modelle kapitalistischer Demokratie oder sozialistischer Revolution. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und insbesondere mit dem Friedensprozess der Regierung Barco (1986-1990) wurde die politische Begründung von Gewalt delegitimiert. Kolumbien erhielt eine neue Verfassung. Ein Teil der Guerillagruppen legte die Waffen nieder und betätigt sich seither politisch. Dennoch hat die Gewalt auch heute noch politische Folgen und Zielsetzungen. Zwar wurde die permanente Verhängung des Ausnahmezustands und die damit einhergehende Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte formal verboten, die Gewalt von Guerilla und Paramilitärs dient aber weiterhin der Einschränkung politischer Partizipation. Dies zeigt sich im „bewaffneten Wahlkampf" wie ihn die FARC immer wieder betrieben haben, ebenso wie im Terror und der selektiven Gewalt von Paramilitärs, die sich überwiegend gegen Menschenrechtsanwälte, unabhängige Journalisten, nicht korrupte Polizisten, Staatsanwälte und Richter sowie die Repräsentanten von sozialen Organisationen richten.

Das Schüren von Angst kann demnach gezielt zur Aufrechterhaltung oder Veränderung des politischen und sozialen Status quo eingesetzt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Gewalt vor allem in den Regionen groß, deren Kontrolle zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen umkämpft ist. Hat eine Seite die Kontrolle erreicht, ebbt die Gewalt zunächst ab – zu beobachten etwa an der Atlantikküste Kolumbiens, wo sich in den letzten Jahren die paramilitärischen Gruppen als dominante Kraft durchgesetzt haben. Die Gewalt richtet sich seither überwiegend selektiv gegen Repräsentanten der kritischen Öffentlichkeit wie unabhängige Journalisten, nichtkorrupte Mitglieder der Justiz sowie Vertreter sozialer Bewegungen. Damit ist die Gewalt – wie in anderen Kontexten auch – ein zentrales Fundament der Staatsbildung, ohne dass sie in Kolumbien von einem Akteur monopolisiert, geschweige denn übergreifend legitimiert werden konnte. Dazu wäre ein gesellschaftlicher Konsens über die grundlegenden Funktionen und die Legitimationsbasis des kolumbianischen Staats notwendig, den es (bisher?) nicht gibt.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die 1991 verabschiedete neue Verfassung Kolumbiens war ein Versuch, einen solchen Konsens zu formulieren. Das politische System Kolumbiens erlebte eine grundlegende politische Öffnung, die Verfassung gilt als eine der fortschrittlichsten Lateinamerikas: Zu den zentralen Neuerungen zählen die Möglichkeit einer Grundrechtsklage sowie die Verbesserung der Wahlorganisation und -durchführung zur Unterbindung klassischer klientelistischer Einflusskanäle. Die Regierung Uribe hat seit dem Amtsantritt 2002 aber immer wieder versucht, die Rolle der Exekutive auf Kosten von Parlament und Justiz und zulasten der Gewaltenteilung auszubauen. Im Parlament verfügte der Präsident – als Außenseiter und Dissident der Liberalen Partei gewählt – zunächst nicht über eine Mehrheit, sondern wurde von einer Allianz sehr heterogener Gruppierungen unterstützt. Dazu gehörten auch Abgeordnete und Senatoren, die in enger Verbindung zu den paramilitärischen Gruppen stehen, von ihnen finanziert werden oder diese offen repräsentieren. Der Höhepunkt dieser Verbindung wurde im Juli 2004 deutlich, als drei – per internationalen Haftbefehl gesuchte – Bosse der Paramilitärs im kolumbianischen Kongress sprechen durften. Diese Verbindung zwischen Drogengeld und Politik hat allerdings Tradition. So war Pablo Escobar, der Chef des Kartells von Medellín, in den 1980er Jahren stellvertretender Parlamentsabgeordneter der Liberalen Partei.

In den vergangenen acht Jahren hat sich die bis dahin von der Konservativen und Liberalen Partei dominierte Parteienlandschaft Kolumbiens stark verändert. Das Projekt der Regierung Uribe wurde zunächst von zwei neuen Parteien getragen, der Partido Social de Unidad Nacional (PSUN oder auch Partido de la U) und der Cambio Radical. Aber auch Teile der traditionellen Parteien, der Konservativen und Liberalen, unterstützten Uribes Politik der „harten Hand" in dessen ersten Amtszeit 2002-2006. Es gelang der Regierung aber nicht, diese Strömungen in ein einziges parteipolitisches Projekt zusammenzuführen. Bei zwei Themen wurden die Differenzen deutlich: beim Umgang mit den Paramilitärs einerseits und bei der Verfassungsänderung zugunsten einer Wiederwahl des amtierenden Präsidenten andererseits.

Kurz nach der Wahl Uribes zum Staatspräsidenten 2002 bekannten etwa 30 Prozent der Abge-

ordneten, dass sie den paramilitärischen Gruppen nahestünden. Im Zuge der Verhandlungen zwischen Regierung und Paramilitärs wurden darüber hinaus enge Verflechtungen zwischen Politikern und paramilitärischen Führern aufgedeckt. Deutlich wurde, dass nicht nur Paramilitärs Politiker bestochen und finanziert, sondern dass Politiker vor allem aus ländlichen Gebieten die Unterstützung der Paramilitärs aktiv gesucht hatten (der sogenannte Parapolitikskandal). Dies hatte zum einen juristische Folgen – zahlreiche Abgeordnete, Senatoren und Gouverneure wurden angeklagt und teilweise auch rechtskräftig verurteilt. Zum anderen spaltete der Umgang mit den Paramilitärs aber auch die Anhänger des Präsidenten. Deutlich wurde dies in der Debatte um das Gesetz „Justicia y Paz", das die Modalitäten der Demobilisierung regelte. Nicht nur international wurde hier Kritik laut, auch im Land verweigerten Politiker wie der ehemalige Verteidigungsminister Rafael Pardo von der Liberalen Partei der Regierung die Gefolgschaft. Gleichzeitig führte diese deutliche Distanzierung von den Paramilitärs dazu, dass die diesen nahestehenden Abgeordneten aus den Regierungsparteien ausgeschlossen wurden und sich in der neuen Partido de Integración Nacional zusammenschlossen.

Der zweite Dissenspunkt war der Versuch, die politischen Spielregeln zugunsten der amtierenden Regierung zu verändern. Auch dies hatte Konsequenzen für das Parteiensystem. Im Vorfeld der Wahlen von 2006 setzte die Regierung eine Verfassungsänderung zugunsten einer ersten, bis dahin verbotenen Wiederwahl Uribes problemlos durch. Allerdings stellte sich hinterher heraus, dass die entscheidende Stimme für die Verfassungsänderung im Parlament von der Regierung gekauft worden war. Die Abgeordnete Yidis Medina wurde zwar zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die Regierung verhinderte jedoch eine Aufklärung darüber, wer für den aktiven Part der Bestechung verantwortlich war. Dies führte zu einer schweren Krise zwischen Exekutive und Justiz (Huhle 2008).

Der Versuch, die Verfassung abermals zugunsten des Präsidenten zu ändern, scheiterte im Februar 2010 am Verfassungsgericht und verursachte darüber hinaus Widerstand innerhalb der den Präsidenten unterstützenden politischen Kräfte. Die Cambio Radical und die Konservative Partei stellten eigene Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2010 auf. Auch die Kampagne von Antanas Mockus, dem ehemaligen Bürgermeister von Bogotá, setzte hier an und fokussierte noch grundsätzlicher auf die Themen Legalität, Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Zwei weitere Entwicklungen zeigen, dass die Regierung Uribe nationales und internationales Recht den Prioritäten ihrer Sicherheitspolitik untergeordnet hat: 1) Über 2.000 junge Menschen wurden von den staatlichen Sicherheitskräften erschossen, danach (!) in Uniformen der FARC gesteckt und gegenüber den Medien als im Kampf getötete Guerilleros dargestellt. Diese Politik ist vom Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für extralegale Hinrichtungen, Philip Alston, im März 2010 zwar nicht als systematische Staatspolitik bezeichnet worden, es handele sich aber auch nicht um isolierte Einzelfälle, wie u.a. zukünftige Präsident Juan Manuel Santos behauptet hatte (UNGA 2010). 2) Der vormalige Verteidigungsminister Santos befahl die Bombardierung eines FARC-Lagers jenseits der kolumbianischen Grenze in Ecuador; ein Akt der militärischen Grenzüberschreitung, der zu schweren Konflikten mit Kolumbiens Nachbarn führte und ihm zwar Kritik wegen der Verletzung des internationalen Recht einbrachte, der Regierung Kolumbiens aber eine nationalistische Rhetorik erlaubte, die sich vor allem gegen Venezuelas Präsident Hugo Chávez richtete.

Die Wahlen 2010

Das zentrale Thema der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010 war Kontinuität. Bereits bei den Parlamentswahlen vom 14. März war dies deutlich geworden, als sich die Partei des Präsidenten (Partido de la U) klar als stärkste Kraft in Abgeordnetenhaus und Senat durchsetzen konnte. Während sich die beiden traditionellen Parteien, Liberale und Konservative, einigermaßen behaupten konnten, verzeichneten sowohl die Cambio Radical als auch der Polo Democrático, in dem sich unter anderem Teile der ehemaligen Guerilla organisiert haben, Verluste.

Tabelle 1: Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus 2010 und 2006, Verteilung der Sitze

Jahr	2010		2006	
Partei	**Senat**	**Repräsentanten**	**Senat**	**Repräsentanten**
Partido Social de Unidad Nacional	28	46	20	31
Cambio Radical	8	19	15	15
Partido de Integración Nacional	8	12	–	–
Partido Conservador	22	39	18	29
Partido Liberal	17	36	18	35
Polo Democrático Alternativo	8	4	10	7
Teilweise haben Abgeordnete während der Legislaturperiode die Partei gewechselt				

Quelle: <www.semana.com/noticias-nacion/congreso-posuribe/136612.aspx>.

Ähnliches zeichnete sich in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen ab. Trotz anderslautender Prognosen lag Verteidigungsminister Juan Manuel Santos mit knapp 47 Prozent der Stimmen deutlich vorne und verpasste den Sieg in der ersten Runde nur knapp. Das Ergebnis des ehemaligen Bürgermeisters von Bogotá, Antanas Mockus, blieb mit 21,5 Prozent der Stimmen weit hinter den Resultaten der Umfragen zurück, die ein technisches Patt vorhergesagt hatten. Gustavo Petro, der als Kandidat des Polo Democrático noch am ehesten einen Gegenentwurf zu acht Jahren Uribe darstellte, wurde sogar noch von dem Kandidaten Germán Vargas Lleras auf den vierten Platz verwiesen.

Zu diesem Ergebnis führte unter anderem Folgendes: Kolumbien ist ein strukturell konservatives Land, dessen Politik wesentlich stärker von Entwicklungen in den ländlichen Regionen geprägt wird als von denen der Hauptstadt. Die Regierung Uribe hat dort ihre zentrale Basis, was die Verzerrung der vor allem städtischen Umfrageergebnisse erklärt. Gleichzeitig gelang es der Partei des Präsidenten, die eigenen Anhänger zu mobilisieren. Dazu diente auch ein nationalistischer Appell mit dem Vorwurf, der venezolanische Präsident Chávez greife aktiv in den Wahlkampf ein und wolle verhindern, dass Santos Präsident werde. Auf dem Land hat die Partido de la U die traditionellen Parteien in den letzten acht Jahren abgelöst und mit der Bedienung althergebrachter Mechanismen von Klientelismus und Patronage eine gut geölte Parteimaschinerie errichtet. Konservativen und Liberalen gelang zwar bei den Parlaments- und Senatswahlen eine gewisse Stabilisierung, nicht aber bei den Präsidentschaftswahlen, hier scheiterten ihre Gegenkandidaten im ersten Wahlgang.

Tabelle 2: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 30. Mai und 20. Juni 2010

	Erster Wahlgang		Stichwahl	
Kandidaten	**Stimmen**	**%**	**Stimmen**	**%**
Juan Manuel Santos (PSUN)	6.654.104	46,56	9.004.221	69,05
Antanas Mockus (Partido Verde)	3.068.141	21,5	3.558.819	27,52
Germán Vargas Lleras (Cambio Radical)	1.452.269	10,14		
Gustavo Petro (Polo Democrático Independiente)	1.309.363	9,15		
Noemi Sanín (Partido Conservador)	876.688	6,14		
Rafael Pardo (Partido Liberal)	620.944	4,38		

Quellen: *Registraduría Nacional Boletín*, Nr. 49, 31.05.2010; Nr. 38, 21.06.2010, online: <www.semana.com>.

Die Bedeutung von Parteimaschinerie, Kontinuität und Mobilisierung wird auch am Wahlergebnis in der Hauptstadt sichtbar. Nicht einmal hier, wo er zweimal zum Bürgermeister gewählt worden war, gelang es Mockus, mehr Stimmen als Santos zu erzielen (Santos 40,3 Prozent; Mockus 27,5 Prozent). Die Annahme, Mockus werde über neue Kommunikationsmedien und -plattformen wie Internet und Facebook vor allem auch junge Wahlberechtigte an die Urnen bringen, erwies sich als falsch. Die Wahlbeteiligung blieb mit 51 Prozent landesweit gering, außer in Bogotá, dort stieg sie von 52 Prozent auf knapp 60 Prozent.

Der politische Beobachter und Kommentator Jorge Gaitán hat die Erfolgsformel des Uribismo auf den Punkt gebracht: Es handele sich um eine Form des „Traditionalismus, in dem Werte wie Fa-

milie, Religion, Autorität, Militarismus, Vorrang der Wirtschaft und Assistentialismus zu einem leichten Cocktail einschläfernden Paternalismus vermischt werden".[3] Dagegen lassen sich offenbar kaum Alternativen formulieren, solange die strukturellen Probleme Kolumbiens ungelöst bleiben.

Perspektiven

Die kolumbianische Entwicklung ist geprägt von einer Gleichzeitigkeit hohen Gewaltaufkommens, sozialer Ungleichheit und einer Aufrechterhaltung demokratischer Mindeststandards. Dieses Modell basiert auf der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen (Gold, Kohle, Palmöl), die nur wenige Arbeitsplätze in der formalen Wirtschaft schafft. Das Ergebnis der Wahlen 2010 dokumentiert die Zustimmung zum autoritären Weg zur Staatsbildung, wie ihn der scheidende Präsident vorgegeben und der nun gewählte Präsident fortzusetzen versprochen hat. Die Kritik an diesem Vorgehen äußerte sich dagegen entweder in der Unterstützung von Antanas Mockus und dem Polo Democrático oder in der anhaltend hohen Wahlenthaltung.

Die nächste Regierung wird an zwei Fragen zu messen sein: Erstens, ob sie weiterhin eine Sicherheitspolitik für die eigenen Anhänger um den Preis der Aushöhlung demokratischer Rechtsstaatlichkeit verfolgt, oder ob sie die verfassungsmäßige Ordnung des Landes und damit zivile Handlungsoptionen in ihrem Bestand schützt, oder diese gar festigt und ausbaut. Die Unabhängigkeit der Justiz und die Gültigkeit zentraler Mechanismen der Gewaltenteilung sind im demokratischen System jenseits von Wahlen unabdingbar und kein Luxus für „ruhige" Zeiten. Zweitens muss Kolumbien die soziale Frage jenseits von Drogenökonomie, Vertreibung und Gewalt bearbeiten. Das ist nur mit einer aktiven Integrationspolitik der ländlichen Regionen in ein Entwicklungsmodell frei von traditionellem Assistenzialismus und Klientelismus möglich.

Die Entwicklung in der Hauptstadt Bogotá vermag Wege zur Verbesserung der konkreten Lebenssituation bis dahin marginalisierter Bevölkerungsteile aufzuzeigen. Über ein Jahrzehnt standen Bürgermeister unterschiedlicher politischer Parteien an der Spitze der Stadtverwaltung, deren Politik sich auf eine Rückeroberung des öffentlichen Raums und den sozialen Ausgleich richtete. Daten des UN-Entwicklungsprogramms zeigen, dass der Anteil der armen Bevölkerung in Bogotá in den vergangenen vier Jahren von 38 auf 24 Prozent gesunken ist (PNUD 2007). Der Anstieg der Wahlbeteiligung hat hier sicherlich eine seiner Ursachen.

Um eine solche Politik auf nationaler Ebene durchzusetzen, wäre allerdings die grundlegende Veränderung eines Entwicklungsmodells notwendig, das den Reichtum einer kleinen Minderheit schützt und die Mehrheit der Bevölkerung in die Informalität abdrängt. Diese Mehrheit ist offenbar weder bei den Parlaments- noch bei den Präsidentschaftswahlen an die Wahlurnen gegangen. Langfristig erfolgreiche Staatsbildung basiert aber genau auf der sozialen, politischen und ökonomischen Einbindung auch solcher Bevölkerungsgruppen, die nicht zum Kern der eigenen Klientel gehören.

Literatur

HRDAG – Human Rights Data Analysis Group (2007), Assessing Claims of Declining Lethal Violence in Colombia, online: <http://www.hrdag.org/resources/publications/CO-PN-CCJ-match-working-paper.pdf> (22.06.2010).

HRW – Human Rights Watch (2010), *Paramilitaries' Heirs. The New Face of Violence in Colombia* Washington, DC, 3. Februar.

Kurtenbach, Sabine (1999), Kolumbien: Politische Gewaltkultur, der Staat und die Suche nach Frieden, in: *Iberoamerikanisches Archiv*, 25, 3-4, 375-396.

PNUD – Programa de las Naciones Unidas Para el Desarrolo (2007), *Bogotá con Desarrollo Humano*, Bogotá.

UNGA – United Nations-General Assembly (2010) *Report of the Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions, Philip Alston, Addendum, Mission to Colombia*, A/HRC/14/24/Add.2., 31. März.

[3] *Semana*, 06.05.2010, online: <www.semana.com>.

Die Autorin:

Dr. Sabine Kurtenbach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Gewaltursachen, Gewaltkontrolle, Jugendliche in Nachkriegsgesellschaften. Aktuell arbeitet sie zum Thema Gewaltursachen und Gewaltkontrolle in Nachkriegsgesellschaften.

E-Mail: <kurtenbach@giga-hamburg.de>; Website: <http://staff.giga-hamburg.de/kurtenbach>

GIGA-Forschung zum Thema:

Aktuell werden die Themen politische Gewalt und innere Sicherheit am GIGA im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit" untersucht. Das Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse" richtet dabei besonderes Augenmerk auf die institutionelle Gestaltung von Friedensvereinbarungen, Machtarrangements und Fragen der Vergangenheitsbewältigung.

GIGA-Publikationen zum Thema:

Aponte, Alejandro (2007), Análisis crítico de la jurisprudencia penal nacional de crímenes internacionales: El caso colombiano, in: *Lateinamerika Analysen*, 18, 123-155.

Huhle, Rainer (2008), *Verfassungskrise in Kolumbien? Der Streit zwischen Präsident und Justiz eskaliert*, GIGA Focus Lateinamerika, 10, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Huhn, Sebastian (2009), *The Culture of Fear and Control in Costa Rica (I): Crime Statistics and Law Enforcement*, GIGA Working Papers, 104, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Huhn, Sebastian (2009), *The Culture of Fear and Control in Costa Rica (II): The Talk of Crime and Social Changes*, GIGA Working Papers, 108, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Oldenburg, Silke und Kristofer Lengert (2006), Der Weg der paramilitärischen „Autodefensas Unidas de Colombia" zur politischen Anerkennung, in: *Lateinamerika Analysen*, 14, 3-36.

Peetz, Peter (2007), *Innere Sicherheit in Lateinamerika – Probleme und Perspektiven*, GIGA Focus Lateinamerika, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Zinecker, Heidrun (2006), Lernen Guerillas? Die Beispiele FARC und ELN in Kolumbien, in: *Lateinamerika Analysen*, 15, 31-75.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und André Bank; Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus

German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM